



RWE-Kraftwerk in Grevenbroich

THOMAS RAUPACH

KLIMASCHUTZ

„Eine große Luftnummer“

Luftverschmutzung ist selbst ein dreckiges Geschäft geworden. Nun will die EU-Kommission den Handel mit Emissionsrechten eindämmen. Die Industrie torpediert den Plan.

Das Klima retten? Scheint gar nicht so schwer. Man muss dafür nur ab und zu von Deutschland nach Sambia fliegen wie die Umweltschutztruppe des Essener Energieriesen RWE. In den vergangenen Jahren fand sie sich des Öfteren in der Hauptstadt Lusaka ein, um insgesamt rund 30 000 kleine Öfen für den guten Zweck zu verteilen.

Bedürftige Familien sollten damit umweltfreundlicher kochen können. Biomasse sollte Holzkohle als Brennstoff ersetzen „Neuer Kochtopf – weniger CO₂“, heißt es ganz flott in einer Werbebroschüre von RWE, dem Unternehmen, das „weltweit für das Klima unterwegs ist“. Wobei dabei Dinge wie die Fliegerei und die Produktion der Öfen gar nicht ins Gewicht zu fallen scheinen.

Ganz uneigennützig war das Projekt indes eh nicht, denn im Gegenzug gibt's Gutschriften: 1,5 Millionen Tonnen CO₂ sollen die Öfen in Lusaka bis 2020 einsparen – das sind 1,5 Millionen Tonnen, die die Kohlekraftwerke der RWE deshalb an anderer Stelle wieder ausstoßen könnten. „Clean Development Mecha-

nism“ (CDM) heißt dieser Ablasshandel. Mit derart fragwürdigen Projekten in Schwellen- und Entwicklungsländern – darunter sogar die Renovierung von Kohlezechen in China – können sich europäische Unternehmen gut 20 Prozent ihrer Emissionen einfach wegrechnen.

Die Flut solcher Projekte untergräbt letztlich den gesamten Emissionshandel. „Das wichtigste Werkzeug des Klimaschutzes funktioniert nicht mehr“, resümiert Eva Filzmoser von Carbon Market Watch in Brüssel. Vor vier Jahren begann die Österreicherin im Alleingang, den Markt des Emissionshandels genauer zu studieren. Damals glaubte sie sogar noch an die Idee. Doch Filzmoser bekam es mit einer Industrie zu tun, die im Nu auf ein Volumen von über 90 Milliarden Dollar angewachsen war. Mit Zertifizierern, Projektierern, Händlern und Hackern, die Zertifikate verschoben und immer absurdere Projekte erfanden.

Dazu gehörte die vermeintliche Sanierung afrikanischer Müllkippen ebenso wie die Nachrüstung alter Kühlmittelfabriken in China, die überhaupt nur des-

halb zu laufen schienen, weil sie Klimazertifikate abwarfen.

Filzmoser und ihren inzwischen fünf Mitarbeitern ist es zu verdanken, dass zumindest die fragwürdigsten dieser Projekte ab Mai nicht mehr durch das Unoklimasekretariat genehmigt werden. „Der Handel ist zu einer großen Luftnummer verkommen“, sagt sie, „zu einem System der Mogelei.“

Ende 2012 waren nach Schätzung der EU-Kommission Verschmutzungsrechte im Umfang von 1,7 Milliarden Tonnen zu viel auf dem Markt. Und der Preis für eine Tonne CO₂ ist wegen des Überangebots auf nur noch vier Euro gesackt (siehe Grafik). Grund dafür waren nicht nur die CDM-Projekte. Wegen überzogener Prognosen vor der Wirtschaftskrise und entsprechend großzügiger Zuteilungen sitzen viele der 11 000 handelspflichtigen Kraftwerke und Fabriken in Europa nun auf einem Berg ungenutzter Zertifikate.

Sie durften sie in den vergangenen Jahren ansparen für die sogenannte dritte Handelsperiode, in der Ernst gemacht werden sollte mit der Reduktion. Diese dritte Periode begann Anfang 2013 und soll bis 2020 dauern. Der Handel sowie die gleichzeitige schrittweise Kappung der Emissionsberechtigungen in jedem Land soll die CO₂-Belastung der energieintensiven Industrie bis 2020 um 21 Prozent gegenüber 2005 senken. In der gesamten EU soll so unterm Strich ein Minus von 20 Prozent gegenüber 1990 erreicht werden.

Dafür müssen viele Unternehmen jedoch kaum noch etwas tun – nicht nur weil das Polster ihrer gesammelten Zertifikate

sie oft noch jahrelang trägt. Das wenig ambitionierte Sparziel hat die EU durch die Krise, in der viele Schlote schlummerten, sowieso schon bald erreicht.

Unter diesen Bedingungen feiert die Kohle eine kaum für möglich gehaltene Renaissance: Angesichts der billigen Zertifikate ist es viel günstiger, mit Kohle die Luft zu verpesten, als auf umweltfreundliche Technologien der Energieerzeugung umzusteigen.

Die zuständige EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard hat sich deshalb zu einer Notoperation entschieden: Sie will 900 Millionen Emissionsberechtigungen aus dem System nehmen.

Backloading wird der Eingriff genannt. Die Dänin Hedegaard, vor nicht allzu langer Zeit noch davon überzeugt, das System funktioniere „sehr gut“, sagt inzwischen, man könne nicht „sehenden Auges einen Markt überfluten, der bereits übersättigt ist“.

Die Industrielobby in Brüssel ist obligatorisch empört. Der Generaldirektor von BusinessEurope, einem der mächtigsten Verbände, schrieb an Parlamentspräsident Martin Schulz und forderte eine Debatte zum Backloading. Für jeden ihrer Gegenvorschläge präsentierte die Industrie auch gleich Paten aus dem Parlament – vor allem liberale und konservative Abgeordnete aus Deutschland und Polen.

Verloren scheint der Kampf der Lobbyisten noch nicht: Während der Umweltausschuss zwar für das Backloading votierte, stemmte sich der Industrieausschuss dagegen. Die entscheidende Abstimmung ist für Mitte April geplant.

Doch ganz geschlossen steht die industrielle Ablehnungsfront in Brüssel nicht. Längst gibt es Überläufer wie den Düsseldorfener Energieriesen E.on. In einem Memorandum sprach sich der Konzern zusammen mit Germanwatch für das Backloading aus. „Der Emissionshandel ist tot“, kondolierte E.on-Chef Johannes Teysen bereits im vergangenen Jahr. Nichts zeige den Funktionsverlust des Systems deutlicher als die Tatsache, dass Braunkohle gerade im Wettbewerb mit anderen Energieträgern vorn liegt.

Anders als reine Produktionsbetriebe könnten Energiekonzerne wie E.on fast jeden Preis an die Kunden weitergeben, sagt Gordon Moffat vom Verband der europäischen Eisen- und Stahlindustrie. „Der Emissionshandel wirkt wie für den Energiesektor geschaffen.“

E.ons Umweltvorstöße seien nur „als Klimaschutz getarnte Industrieinteressen“, sagt der FDP-Europaabgeordnete Holger Kraemer. Dabei vertritt kaum jemand die Industrie so geschmeidig wie der Leipziger Liberale, der zugleich umweltpolitischer Sprecher seiner Partei ist.

Durch den Klimaschutz sieht Kraemer „bürgerliche Freiheiten“ und „grundlegende Menschenrechte“ bedroht. Welche,

wird auch in seinem Büchlein zum klimapolitischen Aktionismus nicht ganz klar. Das Backloading jedenfalls werde nur ein weiterer Todesstoß für den fehlkonstruierten Emissionshandel sein.

Überhaupt hält Kraemer schon die Annahme für fraglich, die Erde könne sich durch die CO₂-Emissionen wirklich erwärmen. Es gebe daher schlicht keinen Anlass, den Ausstoß zu bepreisen. Dass der Bundesregierung wegen der Dauerniedrigpreise des fragwürdigen Verschmutzungshandels Milliarden für die Energiewende fehlen, lässt Kraemer ebenso wenig gelten wie sein Parteichef Philipp Rösler. „Dauernde Eingriffe diskreditieren den Emissionshandel.“

Der sei vor allem durch die faulen Kompromisse mit den Lobbyisten diskreditiert worden, glaubt dagegen Bas Eickhout von den Grünen. „Was wir bekommen haben, ist typisch Europa, ein von Kompromissen durchlöcherter Schweizer Käse“, so der Niederländer. Jetzt etwas Luft aus dem aufgeblasenen Zertifikate-

handel zu lassen, reiche nicht. Er plädiert dafür, die Klimaziele zu verschärfen, und will wie Kommissarin Hedegaard mindestens 900 Millionen Zertifikate aus dem Markt nehmen, allerdings für immer.

Denn schon kündigt sich eine neue Schwemme von Verschmutzungsrechten an – aus Russland und der Ukraine. Auch mit diesen Ländern kann von Europa aus gehandelt werden. Die Kompensationsmöglichkeiten in der Ukraine hätten sich „märchenhaft“ entwickelt, erzählt ein dortiger Projektierer. Allein von Januar 2012 bis März 2013 hätten Prüfer 185 Millionen Zertifikate für den Abbau von Kohle in alten Halden ausgestellt.

Sagenhafte fünf Millionen Tonnen Qualitätskohle, berechnete das ukrainische „Forbes“-Magazin, müssten die Ukrainer dafür in den letzten fünf Jahren aus diesen Schutt-Bergen geholt haben. Das fragwürdige Klima-Argument: Der Abbau (oft sowieso schon geplant und deshalb eigentlich nicht zertifikatefähig) würde die Selbstentzündung der Kohle verhindern.

Testate für diese vermeintlichen Klimaschutzprojekte erteilt gern der TÜV Rheinland, so der Ukrainer. Etwa in der Donezk-Region, wo der TÜV einem solchen Haldenprojekt Ende 2012 nachträglich ein paar Millionen Zertifikate attestierte. Für die Prüfung reisten TÜV-Mitarbeiter aus China an. Die hätten, so ein Sprecher, Erfahrung mit chinesischen CDM-Projekten, die mit den ukrainischen „eng verwandt“ seien.

Dass man innerhalb weniger Wochen im Dezember 2012 mal eben „ex post“ den Zeitraum von 2008 bis 2012 überprüfe, sei normal. Ist die Annahme, dass ein Großteil der Haldenkohle ohne diese Maßnahmen sich selbst entzündet hätte und völlig abgebrannt wäre, nicht leicht übertrieben? Vom TÜV war dazu keine Antwort zu erhalten.

Ähnlich fragwürdig bleibt das Sambia-Projekt von RWE. Eva Filzmoser von Carbon Market Watch hat jüngst wieder davon gehört. Mitarbeiter des Projekts hatten ihr berichtet, fast zwei Drittel der Öfen seien nicht mehr auffindbar. Zudem hätten die angeheuerteten Bauern, die für brennbare Biomasse sorgen sollten, nur eine Tonne Sträucher pro Monat ernten können, nicht 1000 Tonnen wie benötigt.

Dennoch schrieb der TÜV Süd dem Projekt gut 43 000 Tonnen CO₂-Einsparungen gut. Die Münchner Prüfer, die wegen zu laxer Kontrollen zeitweise schon von der Uno suspendiert waren, sprechen von „erfolgreicher Verifizierung“. Höchstens 10 000 Tonnen seien realistisch, sagt eine Ex-Mitarbeiterin des Projekts. Vielleicht ahnt das auch RWE, denn verkauft hat der Konzern erst einen kleinen Teil der Zertifikate. Sie brachten deutlich mehr als den normalen Handelspreis. Wegen der besonderen Güte des Projekts.

NILS KLAWITTER



VIKTOR DABKOWSKI

EU-Kommissarin Hedegaard
900 Millionen Zertifikate zu viel?

